

Zehn Jahre Politik für die *banlieues*: Wunsch und Wirklichkeit

Philippe Doucet

Vor zehn Jahren löste der Tod von Zyed und Bouma Unruhen in den Pariser Vorstädten, den *banlieues* aus, ein Ereignis, das die Republik und das Weltbild der Franzosen nachhaltig geprägt hat. Die Ausschreitungen haben damals viele Fragen aufgeworfen: Was ist das Verhältnis der Jugendlichen zur Polizei, wie können Trabantenstädte verwaltet werden, wie dringend ist eine Modernisierung der Städte, wie kann man mit der Präsenz organisierter Banden umgehen und illegalen Handel unterbinden, wie Kriminalität bekämpfen - und wie wollen wir überhaupt mit Einwanderung umgehen.

Wie Nordine Nabili, Autor des Bondy Blogs bemerkte, werden die Vorstädte meist unter der Überschrift "Polizei" oder "Justiz" abgehandelt. Eine Sichtweise, die zur Verfestigung negativer Stereotypen beiträgt, mit Folgen für das Bild, das man sich von diesen Vierteln macht, für die Menschen, die bei der Stellensuche diskriminiert werden - und insgesamt für das kollektive Bewusstsein der französischen Gesellschaft.

Bereits die Anschläge vom Januar 2015 haben das Thema *banlieues* in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt; die Attentate vom 13. November in Paris und Saint-Denis rücken erneut das Phänomen der Radikalisierung in den Blickpunkt. Es sind zwei traurige Symbole für das Scheitern der Republik, die zudem Ängste verstärken, die stereotyp mit den *banlieues* in Verbindung gebracht werden: Angst vor dem Islam, Angst vor neuen Hochburgen der Radikalisierung, Angst vor Jugendlichen, Angst vor denjenigen, die sagen "ich bin NICHT Charlie" und die einer Ideologie bis in den Tod folgen.

Der Begriff *banlieues* bezeichnet zunächst einmal äußere Stadtbezirke, die in vielen Politikbereichen bereits als Schwerpunktgebiete ausgewiesen werden, mit Förderung der Bildung, der Sicherheit und der Stadterneuerung. Typische Merkmale dieser Viertel sind aber wirtschaftliche und soziale Misere, Sozialwohnungen, ein hoher Anteil von Sozialhilfeempfängern, Langzeitarbeitslosen und Schulabbrechern, Beschäftigungslosigkeit und Kriminalität. In diesen Gegenden scheint die unteilbare, laizistische, demokratische und soziale Republik inexistent zu sein. Inexistent für diejenigen die noch die goldenen Zeiten dieser Großwohnsiedlungen gekannt haben und inexistent für die jüngeren Generationen, die man unablässig an ihre Herkunft erinnert.

Kurz nach den Anschlägen vom Januar 2015 sprach Premierminister Manuel Valls von "territorialer, sozialer und ethnischer Apartheid" und beschrieb so die Lage in Frankreich. Apartheid bezeichnet die Aufteilung der Menschen auf verschiedene Stadtviertel nach Merkmalen der Herkunft, der Religion oder der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Das ist eine gedankliche Fortsetzung der städtischen "Ghettos" von denen die Medien schon seit Jahren sprechen. Dieser Begriff ist hinreichend historisch besetzt, um schon für sich genommen für Segregation von Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Zusammenlegung in eigenen Vierteln zu stehen.

Philippe Doucet ist Abgeordneter des Departements Val d'Oise in der Nationalversammlung

Argenteuil gehört zu den Vorstädten, die besonders für ihre sogenannten ZUP, Gebiete vorrangiger städtebaulicher Entwicklung, bekannt sind. Immer wieder wird hier auch an Nicolas Sarkozy's Besuch in Argenteuil erinnert und seinen Ausspruch vom "Pack". Ich war von 2008 bis 2014 Bürgermeister von Argenteuil und bin seit 2012 Abgeordneter für einen Wahlkreis im Département Val d'Oise im nördlichen Großraum Paris. Ich weiß nur zu gut, welche Spannungen für das republikanische Modell in einer Stadt entstehen, die einerseits zu 34% aus Sozialwohnungen besteht, andererseits aber zu den drei Städten in Val d'Oise mit den meisten Vermögenssteuerpflichtigen zählt.

In einer Umfrage der Jean-Jaurès-Stiftung zu Frankreich und den *banlieues*, zeigten sich 57% der Befragten überzeugt, dass die Vorstädte mittlerweile als für die Republik verlorene Gebiete anzusehen seien. Meine Erfahrung als Politiker im Großraum Paris zeigt mir allerdings, dass es der Politik in den vergangenen zehn Jahren durchaus gelungen ist, die Lage in diesen förderungsbedürftigen Stadtteilen in mancher Hinsicht zu verbessern. Allerdings sind einige Fragen nicht ernsthaft angegangen oder auch gar nicht berücksichtigt worden, so dass die soziale Apartheid weiter fortgeschritten ist. Das Erstarken einer sektiererischen, nationalistischen Ideologie hat das negative Image der *banlieues* noch weiter befördert.

1. Die Lage in den Vorstädten verbessert sich - teilweise

Der Plan für Stadterneuerung hat die Vorstädte verändert

Der Plan für Stadterneuerung aus den Jahren 2003 bis 2013 führte zur Modernisierung von 500 Stadtvierteln. Über 42 Milliarden Euro wurden dafür in Frankreich investiert. In Argenteuil hat der Staat 200 Millionen Euro für drei Stadtviertel aufgebracht und die Stadt mit ihren Partnern noch einmal dieselbe Summe. Oft wird kritisiert, diese Modernisierung sei nur eine kosmetische Maßnahme gewesen. Das greift zu kurz, denn die Renovierung von Gebäuden, die überhaupt noch nie saniert worden waren, war unbedingt notwendig um die Lebensbedingungen der Bewohner zu verbessern, aber auch für das Bild, das wir ihnen vermitteln und das Bild, das wir uns von ihnen machen. Ferner war die Erneuerung auch ein notwendiges, wenn auch unzureichendes Signal an die Franzo-

sen, dass diese Viertel und ihre Bewohner eben nicht in Vergessenheit geraten sind. Und schließlich ist städtebauliche Erneuerung ein möglicher erster Ansatz für Raumentwicklung. In Argenteuil haben meine Mitarbeiter in der Stadtverwaltung die Gelegenheit genutzt, um in den Bereichen Einzelhandel, Schulen und Gemeindezentren aktiv zu werden, sie haben nach Lösungen für heruntergewirtschaftetes Gemeinschaftseigentum gesucht und ein Instrument allgemeinen Rechts für eine bürgernahe Stadtverwaltung geschaffen. Der Plan zur Stadterneuerung ging in Argenteuil einher mit einer politischen Vision für die Stadt, was notwendig war, um einen Aufhol- und Entwicklungsprozess in Gang zu setzen.

Neue Verkehrsinfrastruktur - eine bessere Anbindung der Stadtrandgebiete

In den vergangenen zehn Jahren sind die Städte im Großraum Paris und der Île de France immer besser an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen worden. Die PS, die Sozialistische Partei Frankreichs, die seit 1998 den Regionalrat der Region Île de France führt, hat dies zu einer ihrer Prioritäten gemacht, hat insbesondere Straßenbahnen gebaut und das Projekt *Grand Paris Express* auf den Weg gebracht: ein Netz vollautomatischer U-Bahnen soll für den Großraum Paris entstehen. Im Jahre 2014 wurden über 20 km zusätzliche Straßenbahnstrecken der Linien T6 und T8 in 12 Gemeinden der Île de France in Betrieb genommen. Für das Projekt *Grand Paris Express* sind vier gänzlich neue Metro-Linien sowie die Verlängerung von zwei bereits vorhandenen vorgesehen. Die französische Bahngesellschaft SNCF und die Verkehrsgesellschaft für die Île de France STIF haben ferner mit der Modernisierung und Verbesserung des Regional- und Stadtverkehrsnetzes (Transilien und RER) begonnen. Neue doppelstöckige Züge werden auf der Stadtbahnlinie RER A eingesetzt und die Linien RER B, C und D sind modernisiert worden. Die STIF hat den Ankauf von 42 neuen Zügen beschlossen, die auf der Linie R die bisherigen ersetzen sollen.

Auch in Argenteuil und Bezons ist viel getan worden: bereits seit 2014 werden auf der Linie J nach und nach 38 neue Züge auf den Strecken Paris-Ermont Eaubonne und Paris-Pontoise in Dienst gestellt. Ein verbessertes Busnetz mit einer dichteren Taktung und zahlreicheren Bussen sowie die Inbetriebnahme

der Straßenbahnlinie T2 in Bezons bieten mehr Komfort für die Fahrgäste und haben zu einer besseren Anbindung der Wohngebiete geführt.

Vorrangiges Ziel der Modernisierung und des Ausbaus der öffentlichen Verkehrsmittel in der Region Île de France ist es, die Transportmöglichkeiten zu den Vorstädten und innerhalb der Vorstädte im näheren und weiteren Umfeld von Paris zu verbessern. Auch durch tarifliche Maßnahmen wird eine verbesserte Anbindung der Stadtviertel erreicht. So ist die Einführung des Pass Navigo mit Einheitsfahrpreis ein Schritt zu mehr Gleichheit unter den Bewohnern der Region Île de France und stellt für diejenigen, die in den Tarifzonen 3, 4 und 5 unterwegs sind, einen Anreiz dar, häufiger öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Eine bessere Erschließung und Anbindung der *banlieues* hat also begonnen. Viel ist bereits in der Region Île de France erreicht worden und diese Aufgaben werden auch weiterhin vorrangig verfolgt, wie die Wahlkampagne für die Regionalwahlen zeigte. Die Anbindung der Vorstädte an die eigentlichen Stadtzentren wird in ganz Frankreich als Beitrag zur integrierten Entwicklung der Regionen mit dem Ziel eines Ausgleichs und einer Annäherung gesehen.

Republikanische Gleichheit - ein Thema das nur schwer vorankommt

Das Thema soziale Entwicklung hat nicht so viel Aufmerksamkeit erfahren wie die Modernisierung der Städte und der öffentlichen Verkehrsmittel. Die Lösungsmöglichkeiten sind weniger aufsehenerregend und leider ist die Wirkung auch ungewisser. Ich möchte drei Grundpfeiler der republikanischen Gleichheit beschreiben, drei Katalysatoren sozialer Integration. Wenn sie fehlen, kommt es zu Stagnation oder sogar Rückschritt im sozialen Bereich. Drei Aspekte, die für sozialen Zusammenhalt gefördert werden müssen, nämlich Schulbildung, Berufsausbildung und Beschäftigung. Die derzeitige Schieflage in allen drei Bereichen führt zu weiterer Ghettoisierung in den *banlieues*.

Schulabbruch - Resultat einer uneinheitlichen nationalen Bildungspolitik

Es ist im republikanischen Schulsystem nicht gelungen, alle ins gleiche Boot zu holen. In

den ZUP wiederholen doppelt so viele Schüler eine Klasse. In Argenteuil liegt die Schulabbrecherate bei 28%, 10 Prozentpunkte höher als im Landesdurchschnitt. Das bedeutet konkret, dass mehr als jeder vierte Schüler die Schule mit leeren Händen verlässt, ohne jeden Schulabschluss, ohne jede Ausbildung. Dieser frühe Ausschluss aus der Gesellschaft verursacht enorme Folgewirkungen und führt zu Prekarität und Beschäftigungslosigkeit. Wir dürfen uns nichts vormachen: in unserer Republik gibt es nicht nur ein staatliches Bildungssystem sondern mehrere. Eltern wissen das, und diejenigen, die es sich erlauben können, entwickeln Strategien, um ihre Kinder auf die besten Schulen zu schicken.

Die Reform der Unterrichtszeiten und des Collège, so unverzichtbar sie auch sein mag, reicht heute nicht aus, um das staatliche Bildungssystem zu modernisieren. Die Schaffung eines erfolgversprechenden Bildungswesens für alle sollte zu einer großen nationalen Aufgabe werden. Für den Kampf gegen Schulabbruch müssen, nach dem Beispiel des Plans für nationale Stadterneuerung, Mittel bereitgestellt werden, die der Bedeutung der Sache angemessen sind.

Das Problem der Praktika: soziale Reproduktion und Ausgrenzung

Junge Menschen müssen um einen Abschluss zu erlangen, während ihrer Ausbildung meist ein Pflichtpraktikum absolvieren. Das Praktikum soll dazu dienen, im Berufsleben Fuß zu fassen, mit dem Aufbau eines Netzwerks zu beginnen und manchmal ist es auch eine Art Probezeit vor einer regulären Beschäftigung. Ein verlockendes Konzept, doch leider sieht die Wirklichkeit oft anders aus. Das Praktikum erweist sich für junge Menschen so manches Mal als unüberwindbare Hürde, ja es hindert sie geradezu daran, einen Abschluss zu machen. Und das keineswegs, weil sie nicht fleißig genug waren oder nicht motiviert genug sind, sondern ganz einfach, weil sie keinen Praktikumsplatz finden können! Es ist zutiefst ungerecht, von Jugendlichen, deren Eltern keine Beziehungen haben - denen also fehlt, was Bourdieu als "soziales Kapital" bezeichnet - zu verlangen, einen Praktikumsplatz zu ergattern, wo doch gerade sie am meisten Unterstützung brauchen, um nicht aus der Bahn geworfen zu werden.

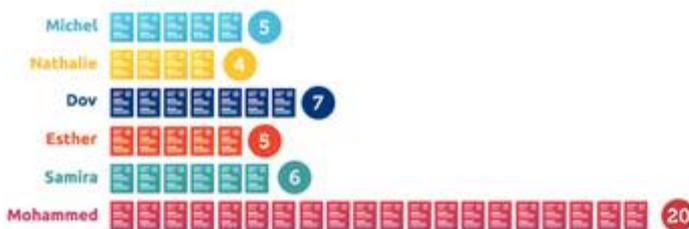
Und wenn die Eltern ihren Kindern doch dabei helfen können, ein Praktikum zu finden, dann oftmals unmittelbar mit ihnen zusammen, an ihrer Seite, in dem Unternehmen, in dem sie selbst arbeiten. Wenn die junge Frau oder der junge Mann aber in genau demselben sozialen Milieu verbleibt, aus dem die Eltern stammen, dann werden solche Praktika noch lange Zeit für sozialen Stillstand sorgen.

Viele Schulen und Ausbildungseinrichtungen werden durch öffentliche Gelder finanziert und schon deshalb darf das Praktikum nicht länger ein Hindernis darstellen, vor dem vor allem diejenigen letztlich kapitulieren müssen, die am wenigsten sozial vernetzt sind. Die Bildungseinrichtungen müssen etwas gegen dieses Phänomen der Verstärkung sozialer Ungleichheit unternehmen und für ihre Schüler Praktikumsplätze bereitstellen, denn sie sind eine Voraussetzung für Erfolg und sozialen Aufstieg.

Vogelstraußpolitik - keine Lösung im Kampf gegen Diskriminierung bei der Stellensuche

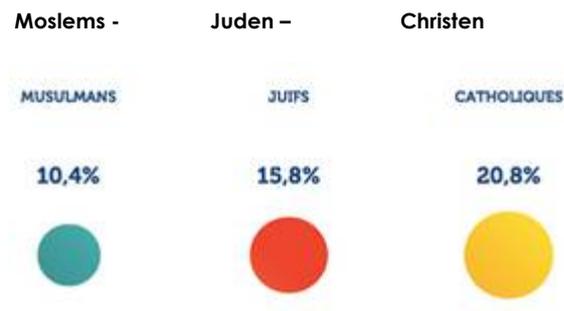
Eine Studie von Marie-Anne Valfort zu religiöser Diskriminierung bei der Jobsuche belegt, dass religiöse Diskriminierung spürbare Auswirkungen auf die Einstellungsaussichten hat. "Mohammed" muss 4 Mal mehr Bewerbungen verschicken als "Michel" und "Dov" immer noch 1,4 Mal so viele. Sogar noch bei einer Ablehnung wird die Bewerbung eines Mannes muslimischen Glaubens anders behandelt als die übrigen Bewerbungen. Muslimische Männer werden darüber hinaus sehr viel stärker diskriminiert als muslimische Frauen. Noch auffälliger ist, dass ein Mann umso stärker diskriminiert wird, je besser er ausgebildet ist und je höher sein Bildungsabschluss ist. Religiöse Diskriminierung beruht also auf sehr starken und sehr negativen Stereotypen gegenüber muslimischen Männern.

Esther und Dov sind Juden, Nathalie und Michel Katholiken, Samira und Mohammed Moslems. Nach dem mittleren Schulabschluss haben sie ihre Eltern gebeten, nach Frankreich gehen zu können und dort weiter zu lernen. Sie gehen denselben Weg: zunächst machen sie Abitur und dann eine Berufsausbildung zum Buchhalter
 Frankreich 2013: Alle sechs haben die französische Staatsbürgerschaft angenommen und mehrere befristete Arbeitsverträge hintereinander bekommen. Bei der Arbeitssuche werden ihre Bewerbungen allerdings nicht gleich behandelt.
 Wie viele Bewerbungen müssen die Kandidaten verschicken, bis sie zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen werden?



Religion: ein Diskriminierungsgrund bei der Stellensuche in Frankreich?

Einladung zu einem Bewerbungsgespräch in Prozent der eingereichten Bewerbungen (Gesamtergebnis)



Quelle: Institut Montaigne

Diese Studie des Institut Montaigne ist die bislang größte und bedeutendste zum Thema religiöse Diskriminierung. Insgesamt, so berichtet Anne-Marie Valfort als Ergebnis ihrer Untersuchung, ist die Diskriminierung viel größer, als die Forscher vermutet hätten. Trotz der Stringenz, des Umfangs und der Resultate der Studie hat sie jedoch kaum Medieninteresse und politische Reaktionen hervorgerufen - und das obwohl die Befragung zeitlich mit dem Gedenken an die Unruhen von 2005 zusammenfiel. Man könnte fast den Eindruck bekommen, Diskriminierung, ganz gleich ob aus ethnischen oder religiösen Gründen, sei ein Tabuthema in der französischen Gesellschaft. Dabei sollte man allerdings bedenken, dass man mit Totschweigen das Problem nicht lösen wird. Im Ergebnis bedeutet das nach einer Untersuchung von 14 Ländern, davon 11 europäische: in Frankreich ist die Diskriminierung gegenüber Menschen, die aus Nordafrika, der Türkei oder dem Nahen und Mittleren Osten stammen, am stärksten. Dies im politischen Alltag nicht zu berücksichtigen, kommt einer stillschweigenden Zustimmung gleich.

Das so genannte Testing-Verfahren, das Premierminister Manuel Valls am 26. Oktober 2015 in Les Mureaux bei Paris angekündigt hat, wird es erstmals möglich machen, Unternehmen, die Diskriminierung praktizieren, mit Strafen zu belegen. Wenn man mit dem Finger auf sie zeigt, so kratzt das an ihrem Image und die meisten Unternehmen reagieren darauf empfindlicher als auf eine Anordnung des Präfekten. Solche Schritte weisen den richtigen Weg im Kampf gegen Diskriminierungen und wir müssen mit weiteren vergleichbaren Maßnahmen unsere Entschlossenheit zeigen. So werden wir den Bürgern Frankreichs wieder deutlich machen können, was die Grundlagen republikanischer Gleichheit sind und was sie im Alltag bedeuten.

Das Vorgehen gegen Stereotype und gegen eine festgelegte Vorstellungswelt muss letztlich als ideologischer Kampf gegen den reaktionären Block der Gesellschaft geführt werden.

3. Das allgemeine Meinungsbild zur Staatsbürgerschaft verändert sich

"Die arbeitende Klasse ist eine gefährliche Klasse" - diese Vorstellung gilt auch noch 2005

Der politische Diskurs und viele Vorstellungen in der Gesellschaft kreisten im Jahre 2005 um Gauner, kriminelle Banden und Drogenhandel. Die *banlieues* werden mit Kleinkriminellen oder gleich Schwerverbrechern assoziiert und scheinen die Theorie zu untermauern, dass die "arbeitende Klasse eine gefährliche Klasse" sei: "Classes laborieuses, classes dangereuses", so der Titel eines Essais aus dem 19. Jahrhundert von Louis Chevalier. Er untersuchte damals die Ursachen für Straffälligkeit und geht davon aus, dass Gewalt zum Teil Ausdruck der Schwierigkeiten eines Menschen ist, einen angemessenen Platz in der Gesellschaft zu finden. Das Besondere ist aber, dass sich Chevalier mindestens ebenso sehr für die öffentliche Meinung wie für die Fakten interessierte, erstere ist nach seiner Auffassung "ein Faktum für sich". Er ging davon aus, dass die „gefährlichen Klassen“ letztlich ein Verhalten an den Tag legen, "das der Meinung entspricht, die man von ihnen hat, dem, was sie sein sollen, dem was sie selbst als gegeben akzeptieren, aus eigenem Willen oder erdulnd, durch die Kraft der kollektiven öffentlichen Meinung, durch Unterwerfung unter diese allgemeine Verurteilung".

Vor zehn Jahren bezeichnete der damalige Innenminister Sarkozy die Jugendlichen in diesen Vierteln als "Pack". Sein Erscheinen in Argenteuil hat starke Eindrücke und prägende Bilder hinterlassen: genervte Jugendliche, gereizt von einem Minister der absichtlich provozierend auftritt, eine lärmende Menge, Bewohner die "es satt sind", Spannungen, Konfrontation.

Kriminalität, nationale Identität, Staatsbürgerschaft: Kontrollverlust durch Sarkozy Ist die Staatsbürgerschaft auch eine Frage der Identität?

Die Schaffung eines Ministeriums für Einwanderung, Integration, nationale Identität und Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen im Jahre 2007 und der Anstoß einer Diskussion über nationale Identität durch den damaligen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy 2007 stellen einen Wendepunkt in der Wahrnehmung der *banlieues* dar.

Durch die Frage, wie sich die Identität der Franzosen definieren ließe, hielt er die Bürger dazu an, nachzudenken, ob sie denn auch die richtigen Kästchen angekreuzt haben, ob sie denn "gute Franzosen" sind. Allein die Frage legt schon die Vermutung nahe, dass es auch Bürger gibt, die der Definition von nationaler Identität nicht entsprechen und dass die Staatsbürgerschaft erst verdient werden muss - auch nach Identitätskriterien und nicht mehr nur nach etablierten Rechtsgrundsätzen.

Immigration, Integration, Kriminalität und Staatsbürgerschaft

Nicolas Sarkozys Rede vom 30. Juli 2010 in Grenoble stellt ein weiteres ideologisches Abgleiten und eine Verstärkung negativer Vorurteile dar. Sarkozy nennt Immigration, Integration, Kriminalität und Staatsbürgerschaft in einem Atemzug und vermengt folglich diese Themen miteinander. Er argumentiert, eine gescheiterte Integration der Einwanderer führe sie in die Kriminalität und das solle zu ihrer Abspaltung von und sogar zum Ausschluss aus der nationalen Gemeinschaft führen. In dieser Logik eines nationalistischen Diskurses entsteht Rassismus gegenüber den *banlieues* nach dem Modell des Rassismus der Kolonialzeit: Staatsbürgerschaft und ethnische Herkunft bedingen einander. Der Historiker Pascal Blanchard hat im Übrigen aufgezeigt, wie die Franzosen die Kolonialzeit bis in unsere Zeit fortsetzen und geht davon aus, dass sie noch immer eine Auffassung von der Staatsbürgerschaft haben, die aus den Zeiten stammt, als Algerien als *Algérie française* noch eine französische Kolonie war. Damals hatten die ursprünglichen Einwohner Algeriens, obwohl sie in einem französischen Département lebten, nicht die volle französische Staatsbürgerschaft und kein Wahlrecht,

die Kolonialherren aber sehr wohl. Mittlerweile wurden die ehemaligen Einwanderer aus Afrika und besonders Nordafrika aus den Slums und Mietskasernen für Arbeiter in Wohnanlagen transferiert, die wie arabische Siedlungen in der Nähe von Algier aussehen. Bei einem Vortrag an der Eliteschule für Politikwissenschaften *Sciences Po* am 3. November 2015 sagte Premierminister Manuel Valls: "wenn man über Integration spricht, so geht es immer nur um die Einwanderer aus Afrika und Nordafrika, nie um die anderen." Seine eigene Integration als Spanier, der im Alter von 20 Jahren die französische Staatsbürgerschaft erhielt, sei niemals in Frage gestellt worden, so Valls.

Ist der Islam unvereinbar mit nationaler Identität?

Ein anderes Thema gehört mittlerweile unauslöschlich zur Vorstellungswelt von den *banlieues*: der Islam. Wie lässt sich das erklären? Durch eine systematische Kette von Assoziationen: *banlieues* ist gleichbedeutend mit Immigration, Immigration mit Menschen afrikanischer Herkunft (auch wenn sie seit Generationen Franzosen sind), Einwanderer aus Afrika sind gleichbedeutend mit muslimischem Glauben und Islam bedeutet eine dogmatische Religion, die mit der Französischen Republik unvereinbar ist. Quod erat demonstrandum.

Seit dem Ende der 1980er Jahre wiederholt sich zudem in regelmäßigen Abständen die öffentliche Diskussion über den Schleier. Ferner wurde in der Öffentlichkeit immer wieder die Frage nach dem Grundprinzip der Laizität in der Französischen Republik gestellt, das Thema Islam war dabei stets im Hintergrund. Das geht so weit, dass Zweifel an der Vereinbarkeit des Islam mit republikanischen Werten jetzt als berechtigte Frage angesehen werden und folglich auch die Legitimität der Staatsbürgerschaft von Franzosen muslimischen Glaubens.

Die Vorstellungen über die *banlieues* verändern sich also entsprechend und vermischen Kriminalität und Islam, beides wird zu einer Bedrohung für die Republik. Zusammen mit der Infragestellung der Staatsbürgerschaft der Bewohner der Vorstädte ist dies eine bemerkenswerte Verschiebung des Meinungsbildes in der Gesellschaft insgesamt. Wie ein Echo auf Äußerungen des reaktionä-

ren Blocks, wo ein Teil der Bürgerlichen sich der extremen Rechten annähert, werden in den Medien Stereotypen über die *banlieues* verbreitet. Die *banlieues* werden mehr und mehr als Orte wahrgenommen, "die für die Republik verloren sind."

Vom "Pack" zu den "Dschihadisten"

Der internationale Kontext hat diese Entwicklung begünstigt: der 11. September, ISIS, Boko Haram usw. Der Terrorismus durch Islamisten ist in den Nachrichten allgegenwärtig, was zu einem Gefühl der Angst vor der muslimischen Kultur, ja geradezu zu Paranoia geführt hat.

Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Maghreb und ganz Afrika, oftmals dem muslimischen Kulturkreis angehörig, wurden in den Vorstädten angesiedelt. Der Islam in diesen Stadtvierteln wurde schon seit einiger Zeit in der Öffentlichkeit mit terroristischen Aktivitäten assoziiert. Nachdem nun muslimische Kämpfer nach Syrien gereist sind und 2015 Attentate auf französischem Boden verübt wurden, ist das Phänomen der Radikalisierung im öffentlichen Bewusstsein konkret geworden. Die Entwicklung vom "Pack" zu den "Dschihadisten" hat sich in den vergangenen zehn Jahren im gesellschaftlichen Bewusstsein höchst erfolgreich vollzogen. Allerdings gibt es gleichzeitig auch wieder ein deutliches Bestreben, nicht alles in einen Topf zu werfen, zu verstehen, was die *banlieues* denn wirklich sind und was die eigentlichen Gründe für die Radikalisierung.

Fliehkräfte des Sektierertums

Das Schreckensbild der sektiererischen Parallelgesellschaften wird regelmäßig von der Rechten und extremen Rechten bemüht. Das verstärkt die Vorstellung einer geteilten Gesellschaft, die eine Summe von Einzelinteressen der Parallelgesellschaften ist. Dies steht im Widerspruch zur republikanischen Vision vom Gemeinwohl. Diese Entwicklung ist aber kein Zufall, sondern von oben her strukturiert und das Ergebnis des Verhaltens von Entscheidungsträgern. Der Soziologe El Yamine Soum hat politische, soziale und administrative Funktionsweisen untersucht. Um es sich einfach zu machen, wählen Politiker Gesprächspartner, die sich selbst als Repräsentanten einer Minderheit bezeichnen. Das

nennt El Yamine Soum unumwunden "Sektierertum von oben". Es werden so künstlich Gräben zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft gezogen, was dazu führt, dass den Menschen eine Identität zugewiesen wird, entsprechend dem Viertel in dem sie wohnen, den Vereinen in denen sie Mitglied sind oder der Religion, die sie praktizieren. Dann kann es passieren, dass sich in einem Bürgerzentrum plötzlich eine politische Gruppierung herausbildet, weil es über die Jahre hinweg so schön einfach war, dem Zentrum die Aufgabe zu übertragen, für die lokale Stadtverwaltung den Kontakt zu den Bewohnern sicherzustellen. Solche Gruppierungen kämpfen dann ohne staatliche Vorgaben und ohne das Selbstverständnis des öffentlichen Dienstes für die Interessen der Bevölkerungsgruppe, die sie vertreten wollen - und das ist ja auch nur zu verständlich. Weniger verständlich ist aber, dass sie behaupten, dieselbe rechtmäßige Autorität wie staatliche Einrichtungen zu haben, welche die eigentlichen Garanten des Gemeinwohls sind.

Sind die *banlieues* noch Teil der Republik?

Trotz der Bereitstellung umfangreicher Mittel für Stadterneuerung und eine bessere Erschließung der Vorstädte konnte die Tendenz zu sozialer, territorialer und ethnischer Apartheid nicht eingedämmt werden. Bildung, Ausbildung und Zugang zum Beschäftigungsmarkt bleiben die Schlüsselfragen, sie sind gewissermaßen der Zement, der die Republik zusammenhält. Diese Fragen werden aber nicht angegangen.

Ein reaktionärer Diskurs hat das negative Bild der *banlieues* verfestigt und eine Politik für die Vorstädte jeder Legitimierung beraubt. Das zeigt auch die Aussage von Nicolas Sarkozy vor Unternehmern des Club Choiseul 100 im September 2015: "Die *banlieues* dürfen nicht länger Frankreich die Schuld (*für ihr Scheitern*) geben". Sektierertum von oben führt zu Neid, ja zu Konkurrenz zwischen Menschen, die unter prekären Bedingungen leben, etwa zwischen der Landbevölkerung und den Bewohnern der Vorstädte, aber auch zwischen Gruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft in ein und demselben Viertel.

Zur Problematik der *banlieues* hat die französische Linke eine ganz andere Haltung als die Rechte. Premierminister Manuel Valls wollte aufrütteln als er sich der Wirklichkeit stellte: einer Wirklichkeit der territorialen, sozialen und ethnischen Apartheid. Er hat klare Worte gefunden.

Im ideologischen Kampf gegen reaktionäre Kräfte ist es absolut unverzichtbar, republikanische Apartheid anzuprangern, das Infragestellen staatsbürgerlicher, legitimer Rechte zu kritisieren, Rechte, die Menschen mit Migrationshintergrund zustehen, die seit mehreren Generationen bei uns leben. Die Linke steht seit der Französischen Revolution für das Versprechen von Gleichheit, sie steht für die soziale Republik. Wir sind es also, die heute und in Zukunft an der Spitze einer Bewegung gegen territoriale, soziale, ethnische und republikanische Apartheid und gegen jede Form von Extremismus stehen müssen, wir müssen diskutieren, Vorschläge machen und handeln.

Übersetzung des am 3. Dezember 2015 von der Jean-Jaurès-Stiftung veröffentlichten Papiers „[Dix ans de politique sur les banlieues: fantasmes et réalités](#)“

Der Inhalt dieses Beitrags gibt die Meinung des Autors und nicht die der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder.

Verantwortlich: Stefan Dehnert, Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung